Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8660**

14. Wahlperiode 21. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/3813 –

Zukunftsorientierte Energieforschung – Fusionsforschung

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4498 –

Kernfusionsforschung für eine zukünftige Energieversorgung

A. Problem

Weiteres weltweites Bevölkerungswachstum und vor allem die Teilnahme der Entwicklungsländer an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung werden zu einem steigenden Weltenergiebedarf führen. Deshalb müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um neue umweltfreundliche Energiequellen zu erschließen. Zu diesen neuen Energiequellen gehört neben den regenerativen Energieträgern auch die Kernfusion. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die friedliche Nutzung der Kernfusion weiter zu fördern und sich an der Entwicklung des Internationalen Thermonuklearen Experimentierreaktors (ITER) zu beteiligen.

B. Lösung

1. **Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 14/3813 – in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
2. **Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4498 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/3813 und/oder auf Drucksache 14/4498.

D. Kosten

Wurden erörtert, aber keine mehrheitliche Meinung dazu festgestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/3813 – abzulehnen;

2. den Antrag – Drucksache 14/4498 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende/Berichterstatterin

Ulrich Kasparick
Berichterstatter

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Angela Marquardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulrich Kasparick, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Hans-Josef Fell, Ulrike Flach und Angela Marquardt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 130. Sitzung am 9. November 2000

1. den Antrag – Drucksache 14/3813 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen;

2. den Antrag – Drucksache 14/4498 - zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Antragsteller in Drucksache 14/3813 erklären, dass sich die Energieforschungspolitik der Zukunft an völlig neuen Energiekonzepten orientieren müsse, wenn sie den Herausforderungen des steigenden Weltenergieverbrauchs und der Entwicklung in der Dritten Welt gewachsen sein will. Schwerpunkte zukünftiger Energieforschungspolitik sollten deshalb sowohl die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern als auch die Weiterführung der Forschung zur friedlichen Nutzung der Kernfusion sein. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, sich an der Entwicklung und dem Bau des ITER zu beteiligen, das Fusionsforschungsprojekt „Wendelstein 7 X“ weiter zu fördern sowie allgemein die Fusionsforschung als integralen Bestandteil der Energieforschung in Deutschland zu behandeln.

2. Die Antragsteller in Drucksache 14/4498 erklären, dass die Kernfusion wegen des steigenden Weltenergiebedarfs sowie wegen ihrer positiven Umwelt- und Sicherheitseigenschaften eine bedeutende Option für die Energieversorgung ab Mitte dieses Jahrhunderts sein könne. Deshalb solle die Bundesregierung die Kernfusion mit dem Ziel der friedlichen Energieerzeugung in Deutschland mindestens im bisherigen Umfang weiter fördern und die europäische Bewerbung um den Standort des Fusionsreaktors ITER unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

   Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 den Antrag beraten und wie folgt votiert: Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

   Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner Sitzung am 24. Januar 2001 die Vorlage beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Vorlage abzulehnen.

2. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Mai 2001 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

IV. Beratungsverlauf- und Ergebnisse im federführenden Ausschuss

Bereits im April 2000 war von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erarbeitung einer Studie zur Kernfusionsforschung durch das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) vorgeschlagen worden. Noch während die Durchführbarkeit dieser TA-Studie geprüft wurde, beschloss der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 6. Dezember 2000 einvernehmlich, eine öffentliche Anhörung zum Thema der überwiesenen Kernfusions-Vorlagen – Drucksachen 14/3813 und 14/4498 – durchzuführen. Es wurde vereinbart, dass das Ergebnis der Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss in die weiter führende TA-Studie eingearbeitet werden sollte.

Als Sachverständige zu dieser Anhörung am 28. März 2001 waren geladen:

Prof. Dr. Alexander M. Bradshaw, Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Garching

Prof. Dr. Hardo Bruhns, EU Kommission, Brüssel

Dr. Anne Davies, Department of Energy (DOE), Washington D. C.

Dr. James Decker, Department of Energy (DOE), Washington D. C.

Prof. Dr. Manfred Heindler, TU Graz

Prof. Dr. Peter Hennicke, Wuppertal Institut

Dr. Wolfgang Liebert, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS), TU Darmstadt

Harry Lehmann, Wuppertal Institut

Prof. Dr. Manfred Popp, Forschungszentrum Karlsruhe

Prof. Dr. Ulrich Samm, Forschungszentrum Jülich

Dr. Jörg Vetter, Forschungszentrum Karlsruhe

Dr. Joachim Ziesing, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Anhörung wird auf das Protokoll der 43. Sitzung des Ausschusses vom 28. März 2001 und die Ausschussdrucksache 14/383 verwiesen.

In der Ausschusssitzung am 20. Juni 2001 hat der Ausschuss die Ergebnisse der Anhörung und die Anträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU/CSU anberaten. Die Beratung wurde nach Vorlage des TAB-Berichts in der Ausschusssitzung am 13. März 2002 fortgesetzt und mit der vorgenannten Beschlussempfehlung abgeschlossen.

Der vorgelegte TAB-Bericht zur Kernfusion wurde von den Fraktionen im Ausschuss hinsichtlich seiner Eignung als objektiver Sachstandsbericht über die weitere Entwicklung einer friedlichen Nutzung der Kernfusion für die Energieerzeugung unterschiedlich bewertet. Während die Vertreter der Regierungsfraktionen den Bericht als eine objektive Darstellung der aktuellen Diskussion um die Kernfusion werteten, wurde der Bericht von Seiten der Fraktion der CDU/CSU zurückgewiesen und als einseitig kritisch gegenüber der Kernfusion bezeichnet. Von Seiten der Fraktionen der FDP und PDS wurde der Bericht akzeptiert.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, den TAB-Bericht als Bundestagsdrucksache dem Bundestag zur Beratung in den Ausschüssen vorzulegen und damit in die weitere politische Diskussion um die zukünftige Rolle der Kernfusion als energiepolitische Option einzubringen.

Von Seiten der **Regierungsfraktionen** wurden die Anträge der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4498 – und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/3813 – zur Kernfusion zurückgewiesen, weil diese eine zu positive Erwartungshaltung bezüglich der Realisierbarkeit und des möglichen Stellenwerts der Kernfusion für die zukünftige Energieversorgung zum Ausdruck brächten. Außerdem käme ein evtl. Beitrag der Kernfusion zur Energieversorgung auch viel zu spät. Es schade den deutschen Interessen, wenn weiterhin viel Geld in die Fusionsforschung fließen würde.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird dagegen darauf hingewiesen, dass Deutschland aus dem Kernfusionsbudget von EURATOM ca. 40 % zurückerhielte, wodurch der Rückfluss höher ausfalle, als der deutsche Finanzbeitrag. Dadurch werde zugleich deutlich, dass Deutschland derzeit in Europa noch eine führende Rolle bei der Fusionsforschung spiele. Dies dürfe nicht leichtfertig aufgegeben werden. Die Kernfusion stelle neben den erneuerbaren Energieträgern eine vernünftige und hoffnungsvolle Option für die zukünftige Energieversorgung dar.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird betont, dass ihr Antrag sich nicht einseitig für die Kernfusion ausspreche. Mögliche Energiedefizite der Zukunft müssten durch einen Energiemix abgedeckt werden, an dem aber auch die Kernfusion einen wesentlichen Anteil haben könnte. In der Ausschusssitzung am 13. März 2002 erklärte die Fraktion der FDP die Ziffern 2. und 4. in ihrem Antrag – Drucksache 14/3813 – für erledigt.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde erklärt, dass sie grundsätzlich gegen jegliche Nutzung der Kernenergie zur Energieerzeugung sei und deshalb beide Anträge ablehne.

Berlin, den 13. März 2002

Ulrich Kasparick Berichterstatter	**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** Berichterstatter	**Hans-Josef Fell** Berichterstatter
Ulrike Flach Berichterstatterin	**Angela Marquardt** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333